



Ausgabe Nr. 7
März 2011



FREIE WÄHLER

Redaktion:
Arno Ulrichs &
Udo Grubert

Impressum: Herausgeber Landesverband **FREIE WÄHLER NIEDERSACHSEN**
V.i.S.d.P. Arno Ulrichs, Leeger Weg 42, 26632 Simonswold, arno.ulrichs@ewetel.net

Die ersten Bürgerbegehren 2011 sind am Start

Seit Anfang des Jahres wurden in Niedersachsen vier Bürgerbegehren angezeigt. Auch im Kommunalwahljahr 2011 erregen noch einige umstrittene Entscheidungen der Kommunalparlamente die Gemüter der Bürgerinnen und Bürger.

Wolfenbüttel: Das erste Begehren des Jahres wurde in Wolfenbüttel an den Start gebracht. Dort gibt es Pläne, das vorhandene Frei- und Hallenbad in ein Allwetterbad umzubauen. Unterschriften wurden in Wolfenbüttel noch nicht gesammelt, da momentan noch geklärt wird, ob das Begehren zulässig ist. Die Stadt ist der Ansicht, das Bürgerbegehren sei unzulässig, weil das Bad einer GmbH gehört. Die Bürgerinitiative vertritt die Ansicht, das Begehren sei zulässig, weil der Rat schon mehrfach über das Allwetterbad entschieden habe und die betroffene GmbH zu 100 Prozent der Stadt gehöre.

Landkreis Soltau-Fallingb.: Zu den seltenen Ereignissen gehört, allein schon wegen der Menge der zu sammelnden Unterschriften, ein landkreisweites Bürgerbegehren. Im Landkreis Soltau-Fallingb. wurde ein solches Anfang Februar von der CDU-Fraktion eingereicht. Unterstützt wird das Begehren von Vertretern der SPD, Grünen und Bürger-Union. Damit es zu einem Bürgerentscheid über den Erhalt der Kinderklinik in Soltau kommt, müssen bis Ende April mindestens 12.000 Unterschriften zusammenkommen.

Zulässig ist das Bürgerbegehren, das hat das Innenministerium vor Beginn der Sammlung erklärt.

Clausthal-Zellerfeld: Hier wurde Anfang Februar ein Bürgerbegehren angezeigt, das sich gegen den Umbau des Marktkirchenplatzes richtet. Die Stadt plant, den Platz neu zu gestalten. Im Rahmen der Neugestaltung soll eine Reihe von Bäumen gefällt werden. Die Bürgerinitiative hat am 18. Februar, also nur zweieinhalb Wochen nach dem Start des Bürgerbegehrens, 1943 Unterschriften eingereicht, deutlich mehr als die erforderlichen 1000 Unterschriften. Nur wenige Tage später hat die Stadt begonnen, Fakten zu schaffen und die Bäume zu fällen. In Niedersachsen haben laufende Bürgerbegehren keine aufschiebende Wirkung.

Uelzen: In Uelzen startete am 3. Februar das zweite Bürgerbegehren in der Geschichte der Stadt. Die Stadt hatte Anfang des Jahres bekanntgegeben, dass die „Farinastraße“ umbenannt wurde und nun „Am Stadtgut“ heißt. Gegen diese Entscheidung richtet sich das Bürgerbegehren. Die Unterschriftensammlung scheint die Gemüter sehr zu erhitzen, so wird dem Namensgeber der Straße, dem ehemaligen Bürgermeister Farina, seine NS-Vergangenheit vorgeworfen. In den Leserbriefspalten der Uelzener „Allgemeinen Zeitung“ geht es auf jeden Fall hoch her. Das Bürgerbegehren wurde vom Verwaltungsausschuss bereits vor Beginn der Unterschriftensammlung für zulässig befunden. Sollten also die nötigen Unterschriften zusammenkommen, stehen die Chancen für den ersten Bürgerentscheid des Jahres 2011 gut.

Dirk Schumacher, Verein „Mehr Demokratie Niedersachsen-Bremen“, www.bremen-nds.mehr-demokratie.de



ist überall!
**Mehr Infos in dieser
Ausgabe des PUNKT!**

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Niedersachsen

Durch das Gesetz zur Reform des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts im Jahre 1996 sind zahlreiche Beteiligungsrechte für Bürger und Einwohner geschaffen worden. Im einzelnen sind dies der Einwohnerantrag, das kommunale Petitionsrecht, das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid, die Bürgerbefragung, die Einwohnerfragestunde sowie die Einwohneranhörung. Leider sind die formalen Hürden für diese Formen der Bürgerbeteiligung oftmals recht hoch – die FREIEN WÄHLER fordern hier deutliche Erleichterungen.

Das Land Niedersachsen hat zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid folgende grundsätzlichen Bestimmungen erlassen:

(1) Mit einem Bürgerbegehren kann beantragt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde über eine Angelegenheit der Gemeinde entscheiden (Bürgerentscheid).

(2) 1Gegenstand eines Bürgerbegehrens können nur Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises sein, für die der Rat nach § 40 Abs. 1 zuständig ist oder für die er sich die Beschlussfassung nach § 40 Abs. 2 Sätze 1 und 2 vorbehalten kann und zu denen nicht innerhalb der letzten zwei Jahre ein Bürgerentscheid durchgeführt worden ist. 2Unzulässig ist ein Bürgerbegehren über

1. die innere Organisation der Gemeindeverwaltung,
2. die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Stadtbezirksräte, der Ortsräte und der Ausschüsse sowie der Bediensteten der Gemeinde,
3. die Haushaltssatzung einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sowie die kommunalen Abgaben und die privatrechtlichen Entgelte,
4. den Jahresabschluss der Gemeinde und die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe,
5. Angelegenheiten, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens oder eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung oder eines abfallrechtlichen, immissionsschutzrechtlichen, wasserrechtlichen oder vergleichbaren Zulassungsverfahrens zu entscheiden sind,
6. die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen und sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und dem Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch,
7. Entscheidungen über Rechtsbehelfe und Rechtsstreitigkeiten,
8. Angelegenheiten, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen oder gegen die guten Sitten verstoßen.

Der komplette Text ist in § 22 b der Niedersächsischen Gemeindeordnung zu finden (im Internet unter <http://www.nds-voris.de/jportal/?quelle=jlink&query=GemO+ND+%C2%A7+22b&psml=bsvorisprod.psml&max=true>)

Besenwerfen bei den FREIEN WÄHLERN Wilhelmshaven

Bei eisigen Temperaturen und einem noch kälteren Wind haben die FREIEN WÄHLER Wilhelmshaven ihre jährliche Winterveranstaltung durchgeführt. Dieses Jahr stand Besenwerfen auf dem Programm. Im Anschluss daran gab es ein zünftiges Grünkohlessen. **Mehr Infos und Bilder unter www.fw-whv.de ...**



Geschafft!?

Hartz IV-Reform beschlossene Sache!?

Regierung und Opposition feiern sich mal wieder selbst. Die Bundessozialministerin sprach gar von „sozialpolitischer Geschichte“! Etwas kritischer sagte sie aber auch: „Wir werden für den Verhandlungsmarathon der letzten Wochen, so wie er gelaufen ist, keinen Schönheitspreis bekommen.“ Der eher lapidar geäußerte Nebensatz lässt indes tief blicken. Die Reform, dringend notwendig und vom Bundesverfassungsgericht angeordnet, hatte weder Potential für einen Schönheitspreis geschweige denn von einem Marathon, bei dem das Ziel von vornherein feststeht.

Die wirklichen Gründe für diese unerträgliche Politik-possesse lagen doch ganz woanders. Die in Hamburg anstehende Wahl, die noch verbleibenden Landtagswahlen in diesem Jahr, die Profilier- und Geltungssucht einiger unserer Politiker und letztendlich auch die Angst vor dem Verlust von Macht und Beliebtheit. Letzteres ist den meisten aber längst abhanden gekommen, nur wissen sie es noch nicht – oder wollen es nicht wahr haben.



Und nun ist sie da, die Reform des Arbeitslosengeldes II, fälschlicherweise selbst in Fachkreisen nach einem Menschen benannt, der sich auf Kosten der Steuerzahler in Brasilien im wahrsten Sinne des Wortes gesund gestoßen hat, der nur knapp an einer saftigen Strafe vorbei geschlittert ist ... Peter Hartz, Namensgeber eben dieser Reform und Namensgeber von knapp 4,7 Millionen Erwachsener, die in Bezug staatlicher Transferleistungen sind. Sogenannte Hartz IV-Empfänger. Allein den Namen hat niemand verdient, geschweige denn die Reform. 5,- Euro rückwirkend ab

Januar 2011 und im nächsten Jahr zusätzlich 3,- Euro zzgl. eines Inflationsausgleiches, sofern die Inflation bis dahin nicht politisch weg diskutiert wird und damit als schlichtweg nicht vorhanden gilt. Und dann brauchte es tatsächlich 2 Monate, um die Erhöhung von 8,- Euro zu vereinbaren.

Die gleichen Parteien haben für den Beschluss zur Rettung maroder Banken in Höhe von 480 Milliarden Euro nur eine Woche gebraucht. Dem Bürger wird anhand solcher Beschlüsse und Reformen auf jeden Fall verdeutlicht, an welcher Stelle er im politischen System dieses Landes seinen Platz hat, sofern er das noch wissen möchte.

Ach ja, werden die 5,- Euro, im März bzw. April 2011 sind es dann ja zwischen 15,- und 20,- Euro, mit den Regelsätzen und Ansprüchen verrechnet, wie seinerzeit bei der Erhöhung des Kindergeldes oder bekommt jeder seinen Anteil?

Ich würde Frau von der Leyen gern mal persönlich sprechen und sie fragen, ob sie außer den statistischen Werten und dem Mut zur willkürlichen Veränderung der Regelsätze tatsächliches Wissen darüber hat, welche Einbußen der Bezug von Arbeitslosengeld II mit sich bringt. Inwiefern die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erschwert oder gar verhindert wird. Und auch, wann sie das letzte Mal im Discounter war, und ob sie überhaupt bemerkt hat, dass das Leben in diesem Land teurer ist, als die Statistiken behaupten. Weltfremde Politiker mit noch weltfremderen Vorstellungen treffen Entscheidungen, die unser tägliches Leben beeinflussen. Wo soll das noch hinführen ...

Die großen Gewinner sind die Kinder und die Kommunen, sagen alle Beteiligten. Sie, also die Kinder und Kommunen werden davon profitieren. Schauen wir uns das doch auch noch einmal an. Weitere 400 Millionen Euro jährlich soll es in den Jahren 2011 – 2013 geben für insgesamt 2,3 Millionen arme Kinder

Und selbstverständlich sollen mit diesem Geld auch Schulmaterialien und Freizeitaktivitäten oder Nachhilfe bezuschusst werden.

Fortsetzung nächste Seite ...

Zeit für bessere Politik!



Ab 2013 übernimmt dann der Bund die Kosten der Grundversicherung komplett und die Kommunen rechnen ihre Ausgaben, oder besser Schulden, mit dem Bund ab. Insgesamt soll das Reformpaket einen Umfang von 1,6 Milliarden Euro enthalten, warum dann nur 400 Millionen Euro für in Armut lebende Kinder. Ganz nebenbei hat man dann auch noch weitere Mindestlöhne angekündigt, diesmal für das Sicherheitsgewerbe, die Weiterbildungsbranche sowie die Zeitarbeitsfirmen.

Wie kann man sich angesichts der in diesem Lande immer größer werdenden Armut, dem immer größer werdenden Bedarf an zielgerichteten Bildungs- und Sozialmaßnahmen eigentlich erleichtert fühlen, wie das der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck tat und gleichzeitig immer noch Mängel an der Verfassungsmäßigkeit dieser Reform haben, das aber nicht zur Prinzipienfrage machen wollte, wie das die Grünen täten.

Also dann lieber eine Reform ohne Prinzipien, vielleicht auch immer noch nicht verfassungsgemäß – aber auf jeden Fall erst mal erleichtert beschlossen - so wird in diesem Land Sozialpolitik gemacht.

Es war wohl so, dass man sich nicht weiter blamieren wollte und dem ohnehin schon politikverdrossenem Wahlvolk etwas servieren wollte.

Froh kann man darüber sein, dass Frau von der Leyen sich nicht allein durchsetzen konnte, froh zunächst auch angesichts der Reaktion der Opposition, tat sie doch so, als läge ihr etwas an gerechten und verfassungskonformen Reforminhalten.

In Wirklichkeit haben Regierung und Opposition versucht, sich wieder mal auf dem Rücken derer, denen die Politik der letzten Jahre mehr und mehr Chancen auf ein soziales, kulturelles und gesellschaftlich erfülltes Leben genommen hat, zu profilieren. Nicht mehr, aber leider viel weniger als erwartet und noch weniger als notwendig gewesen wäre.

Was erwartet man eigentlich von einer Regierung, die mit dem Versprechen von Steuersenkung und Entlastung der Bürgerinnen und Bürger angetreten ist und zum Beweis dafür mit Beginn des neuen Jahres die Sozialabgaben derjenigen erhöht, denen man zuvor solche Versprechen gemacht hat?

Darüber nachzudenken und das nicht zu vergessen, ist im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen sicherlich von besonderer Bedeutung!

Udo Grubert
FREIE WÄHLER Wilhelmshaven



Gegen Filz und Korruption!



Auszug aus den Leitlinien der FREIEN WÄHLER Niedersachsen zur Kommunalwahl 2011

Mehr »Mutbürger« in Stadt- und Gemeinderäte ! – Parteien-Einfluss »vor Ort« zurückdrängen –

Die Kommunalwahlen im September 2011 sind für die FREIEN WÄHLER und die Wählergemeinschaften von zentraler Bedeutung.

Es geht bei diesen Wahlen darum,

- die zentrale Bedeutung der kommunalen Ebene für das Funktionieren einer Bürger-Demokratie herauszustellen
- und zu sichern
- ermutigende Beispiele für lohnenswertes bürgerschaftliches Engagement zu schaffen und damit der latenten Wahlmüdigkeit entgegenzuwirken
- mehr Bürgerinnen und Bürger für ein Engagement für „ihre“ Gemeinde oder Stadt zu begeistern – auch ohne Parteibuch
- den Einfluss von Parteien auf kommunale Entscheidungen zurückzudrängen

...

Mit Sorge sehen wir den Rückgang der Wahlbeteiligung gerade auch bei Kommunalwahlen. Die zahlreichen Vertreter der FREIEN WÄHLER und der Wählergemeinschaften in den Räten setzen mit ihrem Engagement ermutigende Beispiele gegen wahlpolitische Resignation. Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement und Bürgerinitiative und bringen diese Anliegen in die Ratsarbeit ein.

Unsere Arbeit in den Gemeinden und Städten zeigt: Gesellschaftlicher Einsatz lohnt sich – auf der kommunalen Ebene allemal! Wir wollen wieder mehr Bürgerinnen und Bürger dazu bewegen, ihr aktives Wahlrecht wahrzunehmen – denn wir zeigen: es bewegt was!

...

So wie sich die Parteien den Staat zur Beute gemacht haben, so gerieten auch immer mehr Kommunen in den Würgegriff der Parteien.

Aufgabe der FREIEN WÄHLER und der Wählergemeinschaften ist es, diesen Parteeinfluss zurückzudrängen. Das geht am besten, wenn wir mehr Bürgerinnen und Bürger ohne Parteibuch für ein Engagement für „ihre“ Stadt oder Gemeinde bewegen ...

FREIE WÄHLER und Wählergemeinschaften kämpfen gegen »etablierte« Parteipolitik und Fraktionszwang in Gemeinden und Städten, sie setzen sich für mehr unmittelbaren Bürgereinfluss und direkte Demokratie ein.

Transparenz, Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, Stärkung der direkten Demokratie – dafür stehen FREIE WÄHLER und Wählergemeinschaften in Niedersachsen. Jede Stimme für FREIE WÄHLER und Wählergemeinschaften ist eine Stimme für die kommunale Demokratie, gegen Fraktionszwang und den sachfremden Einfluss von Parteien und Lobbyisten!

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach 60 Jahren Parteienstaat in Deutschland hat sich leider eine gewisse Klebrigkeit und Verkrustung im politischen System durch die weniger und weniger werdende Bürgernähe der etablierten Parteien verfestigt. Diese sind durch die Bank eher an sich selbst und an Postenverteilungen und Ämtern interessiert als am wirklichen Wohlergehen der Wähler. Nach seiner Stimmabgabe wird der Wähler leider allzu leicht wieder aus den Augen verloren. Die gewählten Volksrepräsentanten vergessen darüber hinaus oft sehr schnell, das sie lediglich unsere Angestellten auf Zeit sind statt, wie so häufig, 'abheben'. Wir FREIEN WÄHLER stehen für einen Wandel dieser politischen (Un)Kultur.

Wir wollen nicht eine weitere reguläre Partei sein und werden, sondern streben nach mehr direkter Bürgerbeteiligung. Seit Jahrzehnten wirken unsere tausend ehrenamtlichen Volksvertreter auf der Kommunalebene bereits erfolgreich für basisorientierte, wirksame und bürgernahe Verbesserungen unserer aller Lebensumstände. Allerdings reicht zunehmend die Beschränkung auf die Kommunalebene nicht mehr aus. Alleine am Beispiel der Kommunalfinanzierung wird deutlich, dass eine Vogel-Strauss Politik (Kopf-in-den-Sand was Landes- und Bundespolitik angeht) in die Sackgasse führt.

Wir FREIEN WÄHLER wollen mittun, den Staat insgesamt zu verbessern. Durch ehrliche, lobbyfreie und geerdete Politik. Wir haben keine Karrierepolitiker unter uns, die ohne Berufserfahrung lebensfremde Entscheidungen treffen. Die aus der Mitte unserer 280.000 Mitglieder bundesweit in Kommunalparlamenten und in Bayern im Landtag agierenden, gewählten Politiker repräsentieren vielmehr den Durchschnitt der realen Bevölkerung.

Basisdemokratisch beschließt jede regionale Vereinigung von uns auf der Kommunal und Landesebene ihr Programm. Bundespolitisch vereint uns, dass wir für mehr Elemente direkter Demokratie stehen. (Direktwahl Ministerpräsidenten, Bundespräsident).

Im gleichen Maße sind wir für eine bürgerbestimmte Auswahl von Bundesrichtern, Intendanten und Kommunalbetriebsleitern gemäß Fachqualifikation statt Parteibuch. Bei der Schulbildung wünschen wir uns mehr Bundeseinheitlichkeit. Bei der Entscheidung zu Großprojekten stellen wir uns sowohl schnellere Verfahren vor, als auch eine 'Schlichtung' im Vorfeld, gefolgt von einer Volksabstimmung.

Auch die Finanzen lassen uns nicht unberührt. Allein schon aus Fairness stehen wir für konsequenten Schuldenabbau und für Null Neverschuldung, damit wir nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben. Diese beiden Maßnahmen



sind eine der notwendigsten bundesdeutschen Aufgaben für die Politik überhaupt. Die etablierten Parteien unterschätzen leider deren Tragweite und Bedeutung völlig und agieren seit Jahrzehnten grob fahrlässig ob ihrer Abstinenz beim notwendigen Handeln. Obendrein sind wir für eine radikale Steuervereinfachung. Für den Euro sollte es in Europa 2 getrennte Zonen geben ('harter' Nord Euro und 'weicher' Süd Euro), und zwar um den Euro zu retten, den Ländern zu helfen und eine Transferunion zu vermeiden.

Schließlich sind wir für eine bundesweit bessere Integration von Zuwanderern, an der besonders unsere städtischen Vereinigungen intensiv arbeiten.

Wir würden uns freuen wenn Sie sich angesprochen fühlen und bei uns mittäten. Der griechische Philosoph Sokrates sagte: wer meint zu schlau zu sein um sich politisch zu engagieren sollte sich nicht wundern wenn er von Leuten regiert wird, die dümmer sind als er selbst.

Aber auch über Ihr Wahlvotum würden wir uns freuen, denn bei uns können Sie grüne Elemente wählen ohne gleich rot zu werden bzw. sich schwarz zu ärgern. Für die Erneuerung einer sachpolitisch orientierten, bürgerlichen Mitte!!!

Dr. C. A. Schmidt

stellvertretender Bundesvorsitzender

Jahreshauptversammlung bei den FREIEN WÄHLERN Wilhelmshaven Vorstand kann erfolgreiche Arbeit fortsetzen

Auf einer gut besuchten Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen haben die FREIEN WÄHLER Wilhelmshaven den amtierenden Vorstand für die erfolgreiche Arbeit im Amt bestätigt. Kleine Veränderungen gab es bei den Beisitzern. Mit dieser Bestätigung werden die FREIEN WÄHLER den im letzten Jahr, noch vor allen anderen Parteien, eröffneten Kommunalwahlkampf in die aktive Phase gehen lassen.



v.l.n.r. U. Grubert (Presse), Bernd Schirdewahn (Schriftführer), Horst Walzner (stv. Vorsitzender), F. U. Walpurgis (Vorsitzender), Birgit Everts (Schatzmeisterin), Michael Trogisch (Beisitzer), Erika Hoffmann (Beisitzerin), Marcel Erbe (Beisitzer), Gerd Geerdes (Beisitzer), Anja Jung (stv. Schatzmeisterin), Burkhard Königshoff (Beisitzer), Angelika Frantzen (stv. Schriftführerin), Romina Flömer-Plohr (stv. Vorsitzende), Bernd Noack (Beisitzer), Ralf Drinkgern (Beisitzer), Klaus-Dieter Harrenga (Beisitzer)

Neue Wählergemeinschaft in Varel

ah.Kurt Klose wurde zum Vorsitzenden der neugegründeten Wählergemeinschaft "FREIE WÄHLER - Bürgerbündnis Varel", kurz FW-BBV gewählt. Vom Landesvorstand waren Frank Uwe Walpurgis und Arnold Hansen bei der Gründung anwesend.

Neun Personen, darunter vier Mitglieder der Ratsfraktion Soziale Demokraten Varel (Claudia Rohlfs, Bernd Köhler, Kurt Klose und Herbert Zeidler), erklärten ihre Zugehörigkeit zur Wählergruppe. Als stellvertretenden Vorsitzenden wurden Claudia Rohlfs und Bernd Köhler gewählt. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wählten die neun Gründungsmitglieder Marianne Poppinga (Schriftführerin) und Hannelore Hanfland (Kassiererin). Beisitzer sind Thorsten Mann und Herbert Zeidler.

Kurt Klose schloss Versprechungen für die anstehende Kommunalwahl aus. Es stelle sich immer die Frage: „Was ist das beste für das Gemeinwohl“, sagte Klose. Es geht uns „um die Sachpolitik zum Wohle Varels“, so Klose.

Die nächsten Schritte sind nun die Vorbereitungen auf die Kommunalwahl inklusive der Auswahl der Kandidaten.



v.l.n.r. Frank Uwe Walpurgis, stv. Landesvorsitzender, Kurt Klose, Vorsitzender der FW Varel und Ratsherr und Arnold Hansen, FW-Landesgeschäftsführer.

FREIE WÄHLER: Regionalrat Ostfriesland Gewicht geben

„Ohne Direktwahl kann der Regionalrat Ostfriesland nicht voranbringen“

Die FREIEN WÄHLER in Ostfriesland verlangen, dem neugegründeten Regionalrat für Ostfriesland „Gewicht und Stimme“ zu geben. Ohne eine Direktwahl durch die ostfriesische Bevölkerung bleibe der Rat ein Gremium ohne echten Einfluss.

„Der Regionalrat hat dann einen Sinn, wenn er ostfriesische Interessen bündeln und mit Kraft in Hannover, Berlin und Brüssel vertreten kann. Wer in der heutigen Zeit eine Politik betreibt, die nur bis zur eigenen Gemeindegrenze blickt, der fährt die ostfriesischen Belange gegen die Wand“, so FREIE-WÄHLER-Regionvorsitzender Arno Ulrichs (Simonswolde).

In der Bevölkerung sei dieses Verständnis stärker ausgeprägt als in weiten Teilen der Kommunalpolitik in der Region. Dort sei häufig der eigene Machtanspruch wichtiger als die Sachpolitik, bedauern die FREIEN WÄHLER.

Der stellvertretende FREIE-WÄHLER-Regionvorsitzende Hayo Moroni (Norderney) betont: „Wir bedauern, dass die Parteien es trotz anderslautender Ankündigungen nicht geschafft haben, eine Direktwahl des Regionalrats schon mit der Kommunalwahl 2011 zu erreichen. Ohne eine Direktwahl wird dem Regionalrat aber die Grundlage für ein schlagkräftiges Handeln für Ostfriesland fehlen.“ Wem die Zukunft Ostfrieslands am Herzen liege, dürfe nicht zulassen, dass der Regionalrat ein unverbindliches Diskussionsforum bleibe.

Ein Kommentar von Paul Brussa



Nach dem Aufstand in den arabischen Ländern stellen wir uns die Frage: Leben wir noch in einer Demokratie? Von den ca. 82 Mio. Bundesbürgern sind ca. 1 Million in den Parteien geführt und nur die stellen die Abgeordneten. Die anderen 81 Mio. dürfen zwar wählen, haben aber ansonsten nichts zu sagen.

Gerade diese 81 Millionen wollen mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und Bürgerbefragungen bei Großprojekten, z.B. Landtagsneubau Hannover, Elbphilharmonie, Stuttgart 21 usw..

Deutschland ist ein Schlaraffenland für Luxusversorgung für Politiker, Aufsichtsräte im Landes-, Bundes- und Europaparlament sowie in den Landesbanken. Wir brauchen parteilose, unabhängige freie Wähler aus allen Bevölkerungsschichten in den Parlamenten.

Des weiteren brauchen wir eine Haftung für Politiker im Landes-, Bundes- und Europaparlament bei Größenwahn, Verschwendungssucht und überzogener Bürokratie. Deutschland hat lt. Bund der Steuerzahler 1800 Milliarden Schulden, laut Statistischem Bundesamt 2000 Milliarden. Die Schulden betragen pro Sekunde 2279,00 €. Wenn ab sofort keine Schulden mehr gemacht würden und jeden Monat eine Milliarde getilgt würde, benötigt man dazu 139 Jahre.

Immer mehr Bundesbürger stellen sich die Frage, ob sie überhaupt noch zur Wahl gehen sollen. Eine Umfrage von 2010 der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung hat ergeben, dass die Politiker mit 14% an letzter Stelle beim Bürgervertrauen stehen. An erster Stelle stehen die Feuerwehrleute mit 97%.

Wann wird endlich die Parteienherrschaft zum Wohle der Bürger verändert? Wir brauchen Leute mit guten Tugenden wie Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Sparsamkeit, Verlässlichkeit und Bürgernähe. Die Bürger arbeiten um zu leben und leben nicht um zu arbeiten. Die Zeche zahlt sonst nur der Kleine, der Mittelstand und der Rentner.

Paul Brussa

Kreisverband: FW Salzgitter i. G.

Kommunale Bürgerbeteiligung auch bei regionalen Vorhaben möglich

Auch bei Vorhaben, die über die Gemeindegrenzen hinausgehen, kann die Meinung der betroffenen Bevölkerung in den Städten und Gemeinden in die politische Entscheidungsfindung einfließen. Dort wo Bürgerbegehren und Bürgerentscheid aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen nicht möglich sind, kann das Instrument der Bürgerbefragung eingesetzt werden, wie das nachstehende Beispiel aus der Gemeinde Ihlow in Ostfriesland zeigt. Der Antrag wurde seinerzeit nach anfänglichem Widerstand des Bürgermeisters und der Mehrheitsfraktion im Rat angenommen, die Bürgerbefragung fand dann mit der Kommunalwahl 2006 statt.

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT (UWG) IHLOW Fraktion im Rat der Gemeinde Ihlow

[UWG-Fraktion Ihlow • Ihlower Str. 87 • 26632 Simonswolde](#)

Gemeinde Ihlow
Herrn Bürgermeister Jürgens
Postfach 11 54

26632 Ihlowerfehn

30. Juni 2006

Antrag zur Ratssitzung am 13. Juli

Bürgerbefragung zum Trassenverlauf des Auricher Autobahnzubringers

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die UWG-Fraktion stellt zur genannten Ratssitzung folgenden Antrag:

„Der Rat möge beschließen: Die Gemeinde Ihlow führt parallel zur Kommunalwahl am 10. September 2006 eine schriftliche Bürgerbefragung durch. Gegenstand dieser Bürgerbefragung ist der Trassenverlauf des Auricher Autobahnzubringers zur A 31. Die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Ortschaften der Gemeinde sollen dabei die Gelegenheit erhalten, sich zur Frage zu äußern, ob ein Autobahnzubringer auf einer neuen Trasse durch die Gemeinde Ihlow verlaufen soll oder ob ein Zubringer in dieser Art als entbehrlich angesehen wird. Weiterhin soll der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, sich für den Fall des Baus auf einer neuen Trasse zum gewünschten Trassenverlauf zu äußern, d.h. ob der bislang vom Rat favorisierte Verlauf nördlich der Ortschaften Riepe und Ochtelbur oder die vom Straßenbauamt vorgeschlagene Trasse entlang der Blitz-Niederung bevorzugt wird.“

Begründung: Im Zuge der neu aufgeflamten Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Autobahnzubringers und über die möglichen Trassenvarianten soll die betroffene Bevölkerung sich zu diesem für die weitere Entwicklung der Gemeinde wesentlichen Thema äußern können. Zugleich soll dem Rat mit dieser Bürgerbefragung ein Kompass an die Hand gegeben werden, wie er sich im Rahmen der weiteren Planungen positionieren will.

Mit freundlichen Grüßen
Arno Ulrichs, Fraktionsvorsitzender

Landesmitgliederversammlung soll mehr als nur Versammlung sein!

Auf der bevorstehenden Landesmitgliederversammlung am **Samstag, den 12. März 2011, 10:00 - ca. 16:00 Uhr, im Hotel Hennies, Hannoversche Straße 40, 30916 Isernhagen, Ortsteil Altwarmbüchen**, wird den Mitgliedern erstmalig die Möglichkeit gegeben, an Präsentationen und sogenannten Workshops im Rahmen einer Landesmitgliederversammlung teil zu nehmen. Die Themenauswahl soll, insbesondere für das Kommunalwahljahr 2011 hilfreiche und umsetzbare Tipps für die tägliche Arbeit vor Ort bieten. Die Teilnahme ist selbstverständlich kostenlos.

Präsentation/ Workshops:

1. **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**
2. **Unterweisung in Gestaltungsmöglichkeiten der Homepage**
3. **Energieanbieterwechsel - Tipps für Bürgerinfo**
4. **Tipps für praktische Wahlkampfarbeit**



FREIE WÄHLER gegründet

Am 25.02. platzte der Clubraum der Gaststätte „Scharfes Eck“ aus allen Nähten: Eine Gruppe Gieboldehäuser Bürgerinnen und Bürger hatten zu einer Informationsveranstaltung mit anschließender Gründung der FREIEN WÄHLER geladen. Neben fast 100 Bürgern waren Vertreter der anderen Parteien sowie mehrere Gäste unabhängiger Wählergemeinschaften vertreten.

Obwohl wir angesichts der Rückmeldungen wussten, dass wir nicht allein sitzen würden, waren wir von diesem Andrang überwältigt. Nach persönlichen Stellungnahmen von Hubert Hackenfort, Wolfram Döring, Theodor Sommer, Dr. Andreas Nathues, Michael Döring und Ralph Wüstefeld zur Notwendigkeit der Gründung einer politischen Alternative folgte ein Austausch von Standpunkten mit den anwesenden Vertretern der CDU und der SPD. Unterstützende Worte gab es vom Duderstädter WDB-Vertreter Lothar Dinges, dem Mitbegründer der FREIEN WÄHLER Immingenrode Rainer Nowak, Gerd Maysing von den Unabhängigen Wählern Bilshausen sowie von Renate Bitz, die den Landesvorstand der FREIEN WÄHLER vertrat.



Hubert Hackenfort

Am Ende wurden die FREIEN WÄHLER mit 35 Mitgliedern aus der Taufe gehoben, was nicht nur unsere Erwartungen weit übertraf, sondern auch als ein eindeutiger Beleg für den Wunsch nach Veränderung bzw. Verbesserung angesehen werden muss. Die Mitglieder der FW-GfG wollen frei von weltanschaulichen, parteilichen und wirtschaftlichen Interessen Politik für ihren Ort machen und unsere gemeinschaftlichen Angelegenheiten gemäß dem Allgemeinwohl regeln.

Wir werden deshalb immer ansprechbar sein und den regelmäßigen Bürgerkontakt suchen. Ein Bürgertreff findet zukünftig zweimal im Monat statt. Nächster Termin: **Samstag, 12. März um 19.30 Uhr im Scharfen Eck.**

Als eine weitere, wichtige Informations- und Diskussionsmöglichkeit wollen wir das Internet nutzen: Sie finden uns unter www.fw-gieboldehausen.de. In unserer konstituierenden Sitzung beschlossen die Mitglieder am 11.09.11 sowohl zur Wahl des Fleckenrates als auch zur Wahl des Samtgemeinderates anzutreten.

Als Vorsitzender des Vorstandes wurde Hubert Hackenfort gewählt, 2. Vorsitzender Theodor Sommer, Schriftführer Wolfram Döring, Schatzmeister Stefan Adler und als Pressewart Ralph Wüstefeld.

Hubert Hackenfort



Foto © by Göttinger Tageblatt – Anne Eckermann

Politik geht auch ehrlich!



Stuttgart 21 ist überall Mehr Bürgerbeteiligung auch bei kommunalen Projekten

Das Wort des Jahres 2010 war der „Wutbürger“. Damit wurde auch der Protest breiter bürgerlicher Schichten gegen das umstrittene Bahnprojekt gewürdigt. Neu ist in der Tat, dass der Widerstand gegen unsinnige Großprojekte nicht mehr nur von alternativen und linken Gruppierungen auf die Straße getragen wird. Auch Menschen, die vorher noch nie auf einer Demo waren, wurden und werden jetzt aktiv und bereiten den etablierten Politikern zunehmend Probleme.



Auch die Kommunalpolitik muss sich darauf einstellen. Wir FREIEN WÄHLER und die Wählergemeinschaften vor Ort stehen von jeher für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung. Wir stehen für die direkte Demokratie in den Städten und Gemeinden – oftmals waren Demokratiedefizite und Filz der Parteien erst der Anstoß für die Gründung der Wählergemeinschaft vor Ort. FREIE WÄHLER und Wählergemeinschaften sind gewissermaßen die organisierte Form der Bürgerbeteiligung in der Kommune.

Diesem Anspruch wollen wir nicht nur in der entstehenden Kommunalwahlkampagne gerecht werden. Wir wollen diesen Gedanken auch breit in die gesamte Kommunalpolitik tragen. Denn ohne breite Bürgerbeteiligung ist heute auch in den Kommunen kein größeres Vorhaben mehr umsetzbar. Und damit ist klar, dass ohne Bürgerbeteiligung politischer Stillstand in den Kommunen herrscht. Moderne Kommunalpolitik braucht die Bürgerbeteiligung wie der Mensch die Luft zum Atmen.

Punkten Sie mit!

Helfen Sie uns, den **PUNKT** noch interessanter zu machen. Senden Sie uns Ihre Wünsche, Ideen und Beiträge ganz einfach zu. **Punkten Sie mit!** Ihre Mails, Fotos und Beiträge ganz einfach an:

udo.grubert@fw-whv.de

